

Warum die FDP einem AfD-Antrag zugestimmt hat. Wegen der rechtsextremen und rassistischen Tendenzen in der AfD ist es normalerweise ein Tabu für alle Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf, Anträge der AfD-Vertreter zu unterstützen. Die FDP hat es in der jüngsten BVV-Sitzung trotzdem getan. Wie lässt sich das politisch einordnen?

Es ging um Parkgebühren für Autos. Die zwei fraktionslosen AfD-Verordneten hatten beantragt, „von der geplanten Ausweitung der bewirtschafteten Parkzone sowie der Erhöhung der Parkgebühren und der Kosten eines Anwohnerparkausweises abzusehen“.

Das deckt sich mit der Haltung der FDP-Fraktion. Ihr eigener Antrag, wonach das Bezirksamt einen Bürgerentscheid gegen neue Parkgebührenzonen aus dem Jahr 2007 respektieren sollte, scheiterte am Donnerstag im BVV-Verkehrsausschuss an der grün-roten Mehrheit.

Grünen-Fraktionschef Sebastian Weise fragte die FDP-Fraktion auf Twitter, ob sie sich „von Rechtsextremen einspannen lassen“ wolle. Einer der zwei Antragsteller von der AfD, der Bezirksverordnete **Martin Kohler**, sei der Vorsitzende der „Jungen Alternative Berlin“, die als Verdachtsfall vom Verfassungsschutz beobachtet werde.

FDP-Fraktionschef Felix Recke-Friedrich schrieb uns, es sei „rein um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Antrag und nicht um eine bei Twitter konstruierte Grundeinstellung der FDP zur AfD“ gegangen. „Diese ist klar: Mit der rechten AfD kann es keine Kooperation geben. Wir sind eine Partei der Mitte und wir werden uns auch als eine solche stets nach links und rechts abgrenzen.“

Andererseits hätte es Felix-Recke „schlicht unglaublich“ gefunden, wenn man einen AfD-Antrag abgelehnt hätte, der „fast identisch“ mit der Beschlussempfehlung der FDP gewesen sei. „Wir glauben, dass man die vermeintliche ‚Opfer-Rolle‘ der AfD nur nährt, wenn man kategorisch die inhaltliche Auseinandersetzung verweigert.“

In der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf ist die AfD-Fraktion nur eine einflusslose Randerscheinung. Ihr früherer Vorsitzender **Michael Seyfert** war im Streit aus der Fraktion – wenn auch nicht aus der Partei – ausgetreten. Er behielt seinen Sitz in der BVV, was die AfD daran hinderte, einen Nachrücker zu nominieren. Ihre zwei anderen Verordneten gelten jetzt nur noch als „Gruppe“ mit weniger Rechten in den Gremien.

Auch vorher schon hatte die AfD keine Forderungen durchsetzen können – weil sie damit in der Regel alleine stand. Allerdings ist eine Behauptung von Martin Kohler, die jetzige Unterstützung durch eine andere Fraktion sei ein „Novum“, auch nicht ganz richtig. Bereits im August 2018 hatte die FDP einem AfD-Antrag gegen die Schließung des Restaurants „Ratskeller“ zugestimmt.

Die Parkraumbewirtschaftung in Charlottenburg-Wilmersdorf soll im Laufe der kommenden vier bis fünf Jahre auf das gesamte Gebiet innerhalb des S-Bahn-rings ausgedehnt werden (wir berichteten). Die erste neue Gebührenzone wird es voraussichtlich ab dem Juni 2023 am Prager Platz in Wilmersdorf geben. Der Verkehrsausschuss votierte jetzt mehrheitlich für einen SPD-Antrag,er das Bezirksamt grundsätzlich bestärkt. Außerdem schlägt die SPD unter anderem vor, „zunächst drei besonders geeignete Gebiete zu identifizieren“ und mancherorts auch „das Instrument des reinen Anwohnerparkens zu prüfen“.

Die FDP lehnte die Ausweitung ab, verwies auf den 15 Jahre alten Bürgerentscheid dagegen und forderte, das Bezirksamt dürfe seine Ziele höchstens „auf Grundlage eines neuen Bürgerentscheids“ umsetzen. Dem widersprach Ordnungs- und Verkehrstadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne). Der FDP und allen anderen Kritiker:innen der Parkraumbewirtschaftung stehe es frei, eine Unterschriftensammlung zu starten. Dagegen wäre es völlig unüblich und politisch fragwürdig, wenn die Verwaltung so etwas tue.

Die AfD hätte sich den FDP-Forderungen im Verkehrsausschuss vermutlich anschließen wollen. Doch dies war unmöglich, weil sie in dem Gremium gar nicht vertreten ist.